

# Schluß mit der Schleicherpolitik des ADGB!

## Freigewerkschafter fordern Leipzigs Ausschluß

Brot mit den falschen Schleichers aus dem ADGB. Gewerkschaftsversammlungen in Plauen und Zittau fassen einstimmige Beschlüsse gegen die Leipziger Politik. Folgt diesen Beschlüssen!

Dresden, 13. Dezember. (Eig. Bericht.)

Die Entschlüsse der kommunalistischen Presse über den ungeheuerlichen Leipziger Interimismus, das die volle Beistand der ADGB-Führer zur offenen Unterstützung der Schleicherregierung erklärte, haben die Freigewerkschafter alarmiert. Am Dienstag fand in Plauen eine Mitgliederversammlung des freigewerkschaftlichen Zentrums statt, die gegen die Politik der Leipziger und Co. Stellung nahm und einstimmig einen Aufruf an alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aussandte, der von der Opposition eingereicht worden war. In diesem Aufruf wird die Politik des ADGB-Bundesvorstandes als offene Unterstützung der faschistischen Diktatur gekennzeichnet und alle Freigewerkschafter werden darin aufgefordert, in allen Zirkeln, Ortsversammlungen, Branchen, Sektionen und Ortsausschüssen den Kampf gegen diese Politik der Gewerkschaftsführer in geschlossenem Front aufzunehmen. Als Antwort auf die Selbstenttarnung des Bundesvorstandes

wird der Ausschluß Leipzigs aus dem ADGB gefordert!

In dem einstimmig von allen anwesenden SPD- und SAP-Kollegen mit beschlossenen Aufruf heißt es unter anderem:

„Die rote Einheitsfront, der breite Massenverband, die betrieblichen Streikfronten der Arbeiterklasse im Rahmen der Antifaschistischen Aktion haben den Sturz der Papenregierung herbeigeführt und zeigen der Arbeiterklasse den einzigen Weg, der sie vor weiteren Ausbeuterungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie retten kann. Die Mitgliederversammlung tut alle Arbeiter in den Betrieben, Haushalten und auf den Straßen auf: **Schmiebt die kämpfende Einheitsfront!**“

Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Gewerkschaftskollegen! Wir müssen uns zur Wehr setzen, sonst werden wir vom Faschismus niedergedrückt. Wir müssen verhindern, daß unsere Gewerkschaftsführer unsere Organisationen und Verbände in das faschistische Regierungssystem einbinden. Bei den jetzt stattfindenden Ortsversammlungen wählen und Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre muß Schluß gemacht werden mit den Führern, die im Interesse der betroffenen handförmlich faschistischen Systems vom „Wirtschaftsfrieden“ reden und die Arbeiter vom Kampfe abhalten. Wählt überall solche oppositionelle Kollegen in die Funktionen der Gewerkschaften, die die Einheitsfront der Arbeiterklasse herstellen helfen zum Kampfe gegen die Kapitaloffensive und faschistische Diktatur, für ein freies sozialistisches Deutschland!“

In einer vom ADGB-Ortsausschuß Zittau einberufenen Mitgliederversammlung der Freigewerkschafter aller Verbände wurde trotz mühevoller antikomunistischer Deute des Reichstages Meißner Hof eine von der Opposition eingereichte Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Durch die Unterbrechung Leipzigs mit Schleicher zeigt sich, daß die Gewerkschaftsführer die Schleicherregierung ordnen und tolerieren. Das bedeutet, daß die Gewerkschaftsführer den Kampf für die Tagesinteressen der Arbeiter unterbinden müssen und somit den Kurs der Schleicherregierung unterstützen. Die freigewerkschaftlichen Arbeiter rufen alle Arbeiter auf, in einheitlicher Front gegen die faschistische Diktatur zu kämpfen und durch Einheitsfrontaktionen alle Anschläge gegen die Arbeiterklasse zurückzuschlagen.“

Folgt mit den kommunalistischen Gewerkschaftsführern, die die falschen der Schleicherregierung abgeben!“

Die Freigewerkschafter von Plauen und Zittau haben mit ihren Beschlüssen die Meinung aller Arbeiter zum Ausdruck gebracht, die nicht wie die Leipziger und Co. die faschistische Offensiv- und Diktatur der Bourgeoisie unterstützen wollen. Auch in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter in die Empörung über die offene Unterstützung der SPD- und ADGB-Führer gegenüber der Schleicher-Diktatur groß.

Die sozialdemokratischen Arbeiter und die Kollegen in allen Verbänden des ADGB dürfen sich nicht länger betrügen lassen. Sie müssen den Beschlüssen ihrer Plauerer und Zittauer Kollegen folgen.

Schon haben die freien Gewerkschafter von Gera und Cuthra ebenfalls Beschlüsse gefaßt.

In allen Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften müssen die Mitglieder zu dem Leipziger-Schleicher-Pakt Stellung nehmen und ihren Kampfwillen gegen die faschistische Diktatur von Leipziger-Weiß bis Hitler bekundeten!

Wo der proletarischen Einheitsfrontaktion müssen alle Kräfte der Bourgeoisie und ihrer falschen Führer!

## Freigewerkschafter gegen den Leipziger Kurs

Der Verband der Metzler und Schneider, Freiburg i. S., nahm in einer Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus Stellung gegen die Leipziger Politik und folgende Resolution an:

„Wir verurteilen einen jeden Versuch der Tolerierung Schleichers und sind der Meinung, daß die Arbeiterklasse hiergegen alle Kräfte einsetzt, alle Formen des Kampfes bis zum Generalstreik. Insbesondere lehnen wir auf das Entschiedenste ab die von den Führern des ADGB verfolgte Tolerierung Schleichers.“

Rechtens ist, daß die SPD-Volkswacht die Veröffentlichung dieser Resolution ablehnt.

Die Ortsverwaltung des Maschinen- und Feinwerkzeug-Berandes Meißner Hof nahm einstimmig eine Entschlüsse an, welche den Leipziger Kurs auf das Schärfe verurteilt und alle freigewerkschaftlichen Arbeiter auffordert, in der Einheitsfrontaktion den Kampf gegen das Schleicherregiment aufzunehmen.

In einer Zahlhellerversammlung des Deutschen Panbrotbrennerverbandes GutsMuths L. O. wurde eine Protestresolution gegen den Leipziger Kurs einstimmig angenommen. Die Resolution ver-

## „Vorwärts“ und „Völkischer Beobachter“ in der Tolerierungsfront für Schleicher

Die Tolerierungsfront von der SPD bis zu den Nazis ermöglicht der Generaldiktatur ihre Exzesse. Mit den raffiniertesten Betrugsmanövern versuchen die SPD- und Naziführer diese Tolerierung vor ihren Wählern zu verschleiern. Wie diese Tolerierung auch in der Presse der SPD und der Nazis fast mit den gleichen Worten den Massen mundgerecht gemacht werden soll, zeigt folgende Gegenüberstellung:

### Vorwärts (vom 2. Dezember):

„Kriegem kann jetzt werden, daß der Sturz Papens im Kampfe gegen das herrschende System einen ernsthaften Ausgangspunkt herbeiführt.“

SPD und Nazis als die beiden Hügel des Faschismus ergötzen sich im Betrug an den Massen, einen Schleichers als das „kollektive Uebel“ gegenüber Papen hinzustellen.

Die Werktätigen müssen diesen Betrug erkennen und unter Führung der KPD in der roten Einheitsfront den Kampf gegen jede faschistische Diktatur organisieren!

langt ferner den einheitlichen Zusammenbruch aller Arbeiter im Kampf gegen die Schleicherdiktatur.

Die Welle des Kampfes gegen die Politik Leipzigs und aller ADGB-Führer muß gesteigert werden. In allen freigewerkschaftlichen Organisationen und in allen Betrieben muß die Einheitsfront gegen den Leipziger Kurs der Tolerierung des Schleicherregimentes hergestellt werden.

## Wahlrechtsraub der Jugend in Baden vorbereitet

Der Staatspräsident für Heranführung des Wahlalters auf 25 Jahre.

Der badische Staatspräsident gab am 13. Dezember in einer Presseerklärung Erklärungen ab, wonach die badische Regierung die Heranführung des Wahlalters auf 25 Jahre vorbereitet.

In Baden wurde 1931 eine Notverordnung erlassen, die die Zahl der Abgeordneten des Landtages auf 65 festlegte. Nun soll auch ein neues Wahlverfahren ausgearbeitet werden. Dabei wird die badische Regierung das Wahlalter auf 25 Jahre heraufsetzen, d. h. den wertvollsten Jugendlichen das Wahlrecht nehmen.

Es ist klar, daß damit die badische Regierung, die vom Zentrum beherrscht und von den Nazis und der SPD, die bis vor kurzem offene Koalitionsparteien waren, aber beide nachdrücklicher gefordert wird, der Wegbereiter für die Wahlrechtsraub der Jugend in ganz Deutschland sein soll.

Die Antwort der Arbeitermassen und besonders der Arbeiterjugend muß der verhärtete geschlossene Kampf gegen Wahlrechtsraub und Faschismus sein.

## Proteststreik für Freilassung Bartls

Die Annahme, die im Reichstag beschlossen wurde, gilt nicht für Bartl. Noch droht ihm die Vollstreckung des Todesurteils. In und Lande anderer Kollegen, für die es keine Amnestie gibt, aus den Kerker zu befreien, das muß nach wie vor mit allen Kräften von der Arbeiterklasse erfochten werden.

Am Dienstag traten die Kanalarbeiter von Westerst in der Zeit von 9.30 bis 10 Uhr in den politischen Proteststreik gegen das Todesurteil an dem Antifaschisten Bartl in Chemnitz und gegen die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung. In der Versammlung wurde während des halbtägigen Streikes nach einem kurzen Referat beschlossen, ein Protestschreiben gegen das Todesurteil an das Reichliche Justizministerium in Dresden zu senden.

Die Gemeindevorstände von Buchenwald nahmen in ihrer öffentlichen Sitzung vom 12. 12. 32 eine von der KPD-Fraktion in Form eines Dringlichkeitsantrages eingebrachte Protestentscheidung mit den Stimmen der SPD gegen drei Sitzverhaltungen der Bürgerlichen an, in welcher die Freilassung des Chemnitzer Schredensurteils sowie die sofortige Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen

## Freiwilliger Arbeitsdienst Cohnmannsdorf im Streik

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Dienstag, dem 13. Dezember, fanden in Cohnmannsdorf die freiwilligen Arbeitsdienstler im Streik. Der Herrmanns folgten: Der Führer dieser Arbeitsdienstlichen Cohnmannsdorf, der auf Umstellung des Arbeitsamtes 1,30 Markt nach dem von den bisher gezahlten 12 Markt in 1933 zu 9 kommen soll. Die Arbeitsdienstler waren darüber empört und beschloßen, auf, unter diesen Bedingungen nicht weiter zu arbeiten.

Verhandlungen mit dem Bürgermeister waren ergebnislos. Der Bürgermeister erklärte, daß er daran nichts ändern könne. Die Arbeitsdienstler wählten sich einen Kampfausschuß aus 10 Mitgliedern, der sich aus zwei Jungarbeitern und zwei SPD-Freiemer der KPD und SPD in Verbindung mit der KPD zusammensetzte. Der Kampfausschuß legte sich mit dem Bürgermeister an, an der am Mittwoch stattfindenden Versammlung teilnehmen und zu sprechen. Der Herrmanns der KPD erklärte sofort bereit, sprach in der Versammlung und sagte dort, daß man die Not der Jugendlichen im SPD ausnutzt, um die Arbeitskräfte zu bekommen. Er vertrat die Untergrundorganisationen in diesem Kampfe für sofortige Freilassung aller Arbeiter, wies auf das Ziel der Freilassung des ADGB und die Freilassung von Arbeitern zu tariflichen Löhnen, für die die Arbeitsdienstler kämpfen müßten, hin.

Der Vertreter der SPD, Leopold, erklärte, daß wenn der KPD-Vertreter dort spreche, es absteht, heranzukommen, weil von Seiten der Kommunisten diese Sache politisch „gelogen“ wird. Er war aber bereit, wenn der Bürgermeister oder der Führer des Arbeitsdienstlagers ihm den Auftrag gäbe, würde, über den freiwilligen Arbeitsdienst zu sprechen, dies anzunehmen.

Die Arbeitsdienstler nahmen in ihrer Versammlung einen Antrag an, in dem sie ihre Empörung über den Streik zum Ausdruck bringen und vom Gemeindevorstand fordern: Rückwärts Heranziehen, keine Maßnahmen und Beschäftigung im Streiklage.

Von 34 Streikenden unterschrieben 30 in der Versammlung anmelde diesen Antrag. Sechs Arbeitsdienstler, die dabei nicht erschienen, beteiligten sich nicht am Streik.

Die KPD-Fraktion stellte sofort den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gemeindevorstandssitzung. In der Verhandlung der Streikenden durch die Kommunisten in der Sprache kommen sollen. Diese Sitzung findet am Donnerstag statt.

Die Freitaler Volksgemeinschaft bringt einen kurzen Bericht über den Streik, in welchem sie auf die Einberufung der Gemeindevorstandssitzung hinweist. Die Volksgemeinschaft trägt es dem Schreiben, daß die Sitzung „auf Antrag der SPD“ stattfinden soll. Dabei steht sogar auf der Einladung geschrieben: „Auf Antrag der KPD“.

Nur die Kommunisten stehen den Streikenden zur Seite!

## Nazis retten SPD-Polizeiprääsidenten

Einheitsfront von der SPD bis zur den Nazis für Verbote der kommunistischen Presse

In Preussischen Landtag unternahm gestern der Genosse Kasper einen energischen Vorstoß gegen den Verstoß, und Unterdrückungsfeldzug, den die von Nazis und SPD isolierte Schleicher-Diktatur in den letzten Tagen gegen die Klassenbewegte Arbeiterklasse und die kommunistische Partei unternahm. Er erklärte:

Eine legale Funktionärin der KPD ist in Kiel von der Polizei ausgehoben worden. In Frankfurt a. M. wurde der Vorsitzende der kommunistischen Stadtparteiorganisation im Rathaus verhaftet, weil er sich in der Registrierungsaktion nach dem Stande der Winterhilfsfürsorge für die Erwerbslosigkeit erkundigte. Der durch den Berliner Sturms von 1929 bekannte Polizeipräsident Jürgel hat am vergangenen Sonnabend den Polizeiparitätler der KPD für das Ruhrgebiet mit Polizeipräsident aufgelöst. Ferner hat der sozialdemokratische Polizeipräsident

von Stettin, Meier, die Auflösung des Bezirksparitätler in Kometen erzwungen, indem er die getrudt politische Rechte und Resolutionen deslognanomie, das Verbot der politischen Hauptreferates des Abgeordneten Kraus verweigert und die polizeiliche Überwachung des Bezirksparitätleres anordnete.

Die sozialdemokratischen Staatsfunktionäre Jürgel und Meier haben damit erneut bewiesen, daß sie die Polizeigewalt zur Unterstützung des sozialdemokratischen Kampfes ihrer Partei gegen die Kommunisten und die wertvollsten Massen ansetzen.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb, die Polizeipräsidenten Jürgel und Meier sofort ohne Pension ihren Ämtern zu entheben, der AD den durch ihre Polizeipräsidenten gemachten jugeligen Schaden zu ersetzen und die beiden Polizeipräsidenten persönlich für den Schaden haftbar zu machen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Fuhs, hat die gesamte kommunistische Presse für das Rhein- und Ruhrgebiet bis zum 31. Dezember verboten. Mit diesen unethischen Verbotsmaßnahmen soll im Schlimmsten Falle die kommunistische Presse im Kampf der hungernden Massen gegen die Kapitaloffensive gebremst und die kommunistische Kritik an dem vom Zentrum gemeinsam mit den Nazis betriebenen Regierungslösungsversuchen unterbunden werden. Die kommunistische Presse erhebt den stärksten Protest gegen die unethische Verhaftung und Verurteilung, daß sämtliche vom Oberpräsidenten Fuhs verfügten kommunistischen Presseverbote sofort aufgehoben werden.

Bei der Abstimmung stimmten die Nazis zusammen mit der Sozialdemokratie sowohl gegen die Ablegung Jürgels als auch Meiers wie gegen die Aufhebung der Presseverbote. Die Nazis haben alle Jürgel und Meier gestützt.

Angenommen wurde im Landtag ein kommunistischer Antrag, der fordert, daß sämtliche preussischen Vertreter im Reichstag für die Amnestievorlage stimmen sollen.

## Die Gewerkschaftsbürokratie verhandelt

Über die Wiederherstellung des Arbeitsdienstes.

Berlin, 13. Dez. (Eig. Bericht.)

Seitern haben faschistische und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer mit dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Grottel, über die Wiederherstellung des Arbeitsdienstes verhandelt.